

Daß der westdeutsche Imperialismus und Militarismus für diese enge Komplizenschaft mit dem USA-Imperialismus auf entsprechende Gegenleistungen seitens der USA spekuliert - besonders was seine völkerrechtswidrigen Ansprüche auf die selbständige politische Einheit Westberlin und sein verbrecherisches Streben nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen betrifft versteht sich von selbst.

Erst vor wenigen Tagen bestätigte der sozialdemokratische „Vorwärts“ diesen Sachverhalt, indem er darauf hinwies, daß vor allem der westdeutsche Verteidigungsminister Schmidt für den „guten Geist von Mittenwald“ (wo der Ersteinsatz von Atomwaffen präzisiert wurde) verantwortlich gewesen sei.

Dieses Lob für den westdeutschen Verteidigungsminister, das sich den in der Vergangenheit bekanntlich mehr als einmal von extremen Rechtskräften der Bundesrepublik ausgesprochenen Schmidt-Referenzen anschloß, verdeutlicht auf seine Weise, wie recht unsere Parteiführung hatte. Bereits auf der 12. Tagung ihres Zentralkomitees stellte sie fest, daß unter staatsmonopolistischen Machtverhältnissen auch eine von Sozialdemokraten besorgte Militärpolitik aggressive, imperialistische Klassenpolitik bleibt und den Imperialismus nur noch gefährlicher und nicht zahmer macht.

Das aggressive westdeutsche Militärprogramm ist vor allem in den vergangenen zwei Jahren unter sozialdemokratischer Führung nicht nur kontinuierlich fortgesetzt worden, sondern die Aggressionskraft der Bundeswehr, die durchgängige Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens der Bundesrepublik sind in einem solchen Umfang gesteigert worden, der alles auf diesem Gebiet Vorangegangene bei weitem übertrifft.

Der westdeutsche Imperialismus ist zwar - wie das gesamte imperialistische System - nicht imstande, Kriege zu gewinnen, aber er verfügt über einen militärischen Machtapparat, mit dessen Hilfe er jederzeit Kriege anzetteln und Aggressionshandlungen unter allen möglichen Bedingungen des modernen Krieges führen kann. Das sehen wir nüchtern und illusionslos, denn wir sind weit davon entfernt, in Helmut Schmidt etwa einen harmlosen Zivilisten und in der Bundeswehr eine minderwertige NATO-Truppe zu vermuten.

Bundeskanzler Brandt und sein Verteidigungsminister haben besonders in letzter Zeit wiederholt betont, daß ihre Ostpolitik keine „Einbahnstraße“ sei, daß sie jeden ihrer diplomatischen Schritte in Einheit mit ihrem Militärprogramm verstanden wissen möchten.